

**Zeitschrift:** Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

**Herausgeber:** Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

**Band:** 113 (2001)

**Artikel:** "Das Aargauervolk braucht keine Hochschule, das Aargauervolk will keine Hochschule!" : das Aargauer Hochschulprojekt 1962-1978

**Autor:** Fricker, Martin

**Kapitel:** 5: Die Vorbereitungsstufe der Hochschule für Bildungswissenschaften

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-16850>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **5. Die Vorbereitungsstufe der Hochschule für Bildungswissenschaften**

Nachdem ich in den bisherigen Kapiteln einen ausführlichen historischen und thematischen Überblick über das aargauische Hochschulprojekt vermittelt habe und mich eingehend mit der interkantonalen Koordination und dem Wirken der massgeblichen Bundesinstanzen im Rahmen der «Hochschule Schweiz» (die freilich immer eher einer Fiktion denn der Realität entsprach) auseinandergesetzt habe, möchte ich mein Augenmerk nun auf die Vorbereitungsstufe (VS) der geplanten Hochschule für Bildungswissenschaften richten. Dabei werde ich mich zunächst mit dem Gründungsausschuss (GA), dem leitenden Gremium der VS, zu befassen haben, bevor die eigentliche Arbeit der VS thematisiert werden kann.

### **5.1. Der Gründungsausschuss**

Der Gründungsausschuss (GA), welcher den Aufbau der projektierten Hochschule leiten sollte, wurde bereits 1967 im Bericht Steiner vorgeschlagen.<sup>304</sup> Um die Organisation der Vorbereitungsstufe (VS) und insbesondere die Rolle des GA weiter präzisieren zu können, führte der Aargau im November 1970 auf Schloss Lenzburg ein Expertentreffen durch, an dem Bildungsforscher aus mehreren Staaten teilnahmen.<sup>305</sup> Die Auswertung der Tagung führte dazu, dass der Regierungsrat einen wenige Personen umfassenden GA ins Leben rief, um diesem Gremium eine möglichst grosse Flexibilität zu gewähren. Für die personelle Zusammensetzung des GA sollten folgende drei Kriterien relevant sein:<sup>306</sup> Einerseits sollten im GA – als Garanten einer qualitativ hochstehenden Forschungsarbeit in der VS – profilierte Wissenschaftler Einsatz nehmen. Zu diesen Mitgliedern des GA gehörten die drei Professoren Hellmut Becker (Berlin), Mario v. Cranach (Bern) und Kurt Lüscher (Konstanz).<sup>307</sup> Andererseits

<sup>304</sup> Siehe auch Anm. 111. Im Bericht Steiner (wie Anm. 95), S. 74, wurde der einzusetzende Gründungsausschuss folgendermassen charakterisiert: «Ihm sollen namentlich schweizerische und ausländische Wissenschaftler angehören. Er hat die Regierung beim Aufbau der Hochschule zu beraten, insbesondere die gemeinsame Grundlage der beiden Abteilungen [der damals noch vorgesehenen Hochschule für Humanwissenschaften] noch eingehender zu bestimmen und ihre Gestaltung im Einzelnen auszuarbeiten, ferner die Berufung der Dozenten vorzubereiten.»

<sup>305</sup> Vgl. Kapitel 2.7.

<sup>306</sup> Siehe dazu und im Folgenden: Privatarchiv Bruppacher, Hochschulnotizen Nr. 1, 15. 10. 1971, S. 2–10.

<sup>307</sup> Hellmut Becker hatte an der Tagung im November 1970 in Lenzburg teilgenommen und sich schon früh sehr für das Hochschulvorhaben des Aargaus interessiert. Als Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, das er selbst aufgebaut hatte, galt er als einer



Alfred Wyser



Arthur Schmid



Kurt Lüscher



Hellmut Becker



Mario v. Cranach



Matthias Bruppacher

musste der GA auch einen klaren Bezug zur «spezifisch schweizerischen Bildungsrealität haben».<sup>308</sup> Dieses Kriterium vertraten die Erziehungsdirektoren der beiden Nachbarkantone Aargau (Arthur Schmid) und Solothurn (Alfred Wyser).<sup>309</sup>

der international renommiertesten Bildungsforscher überhaupt. Die Erfahrungen, die er im Aufbau des Berliner Bildungsforschungsinstituts gesammelt hatte, sollten auch dem Aargauer Projekt zugute kommen.

Mario v. Cranach war eine Zeitlang unter Becker ebenfalls in Berlin tätig. 1971 wurde er auf den Lehrstuhl für Psychologie der Universität Bern berufen. V. Cranach wurde offenbar auf Empfehlung Beckers für den Gründungsausschuss gewonnen (mündl. Mitteilung von Matthias Bruppacher an den Schreibenden vom 10. 6. 1998).

Kurt Lüscher wurde nach ausserordentlichen Professuren in Bern und den USA 1971 Ordinarius für Soziologie an der neu geschaffenen Universität Konstanz. Seine Erfahrungen an dieser Reformhochschule sollten auch in die Aargauer Planungen einfließen. Er hatte zudem massgeblich am Forschungsbericht des SWR von 1973 (vgl. Anm. 206) mitgearbeitet, der in Bezug auf die Schweizer Bildungsforschung ein grosses Defizit nachwies.

<sup>308</sup> Privatarchiv Bruppacher, (wie Anm. 306), S. 2 f.

<sup>309</sup> Regierungsrat Schmid erklärte dem Schreibenden (mündl. Mitteilung vom 29. 6. 1998), es sei sein Wunsch gewesen, nicht als einziger Politiker Mitglied des Gründungsausschusses zu werden. Dadurch erhoffte er sich auch (als gesamtschweizerisch bekannter Exponent der Sozialdemokratie), ideologisch motivierter Kritik an der Vorbereitungsstufe besser begegnen zu kön-

Da die Vertreter der ersten beiden Gruppen im Gründungsausschuss nebenamtliche Mitglieder waren, benötigte das Gremium drittens einige Mitarbeiter, welche hauptamtlich für den GA tätig waren und die Vorbereitungsstufe leiteten. Bis Ende März 1972 war Matthias Bruppacher das einzige Mitglied des GA, das sich vollamtlich um die Hochschulbelange kümmerte.<sup>310</sup> Auf April 1972 trat mit Hanspeter Gschwend der erste wissenschaftliche Mitarbeiter seine Arbeit in der VS an.<sup>311</sup> Er wurde gleichzeitig auch Mitglied des GA. Die steigende Zahl der Wissenschaftler der VS schlug sich auch in der Mitgliederzahl des GA nieder: zu den anfänglich sieben Mitgliedern kamen mit der Zeit die vier Projektleiter der VS hinzu.<sup>312</sup>

Der Hauptauftrag des GA, nämlich die Leitung der VS, wurde durch ein vom Regierungsrat erlassenes Organisationsstatut der VS nur in sehr allgemeiner Art formuliert.<sup>313</sup> Dies war wohl durchaus sinnvoll, denn in Bezug auf Form und Inhalt sollte die zu errichtende Hochschule ja schliesslich Neuland betreten. Um seinem Auftrag nachzukommen, traf sich der GA ungefähr vierteljährlich zumeist in Aarau zu gemeinsamen Sitzungen. Diese dauerten in der Regel zwei Tage. Insgesamt fanden zwischen Oktober 1971 und September 1978 32 Sitzungen statt, deren Protokolle im Staatsarchiv vorhanden sind.<sup>314</sup> Es versteht sich von selbst, dass der Sitzungsrhythmus in den ersten Jahren der VS überdurchschnittlich hoch war und später – vor allem nach der Zurückweisung der Vorlage im Parlament (Oktober 1976) – stark abnahm.

nen. Dafür bot sich Alfred Wyser in geradezu idealer Weise an: Wyser, FDP-Mitglied und Erziehungsdirektor im Kanton Solothurn (was damals auch im Hinblick auf zukünftige Kooperationen im Hochschulbereich günstig erschien), war mit den Verhältnissen im Aargau überdies gut vertraut, da er in der Nähe von Aarau aufgewachsen war und dort die Kantonsschule besucht hatte.

<sup>310</sup> Der promovierte Pädagogikwissenschaftler Bruppacher arbeitete seit 1969 im Aargauer Erziehungsdepartement als Leiter des Stipendienwesens. Seit 1971 beschäftigte er sich als Chef der Abteilung Hochschule ausschliesslich mit der Hochschulplanung. In dieser Funktion amtete er anfänglich auch als Sekretär des Gründungsausschusses.

<sup>311</sup> Gschwend, diplomierte Gymnasiallehrer, engagierte sich während seiner Studienzeit in verschiedenen Kommissionen für die Reform des Hochschulgesetzes der Universität Bern. Er wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das «Entwicklungsprojekt» eingestellt (siehe dazu Kapitel 5.2.4).

<sup>312</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 12 (Teil I). Es handelte sich dabei um den Psychologen Urs Hedinger sowie die Soziologen Christoph Rauh, Heinz Ries und Karl Weber.

<sup>313</sup> EDAr C 420/1972 «Akten Dr. Brp. II», Verordnung über die Organisation der Vorbereitungsstufe einer Hochschule im Kanton Aargau vom 18. 12. 1972, § 5 Abs. 1: «Die Entwicklung eines entscheidungsreifen Projekts einer Hochschulinstitution für Bildungswissenschaften mit Funktionen in Forschung und Lehre.»

<sup>314</sup> STAAG «HSA», Protokolle des Gründungsausschusses Nr. 1–32. Diese Protokolle waren übrigens von Anfang an zur Veröffentlichung vorgesehen und wurden Interessierten auch zugestellt. Aus diesem Grund handelte sich nicht um eigentliche Wortprotokolle, sondern um ausführliche Zusammenfassungen der Sitzungen.

Entsprechend der Neuartigkeit des Gremiums gab sich der Gründungsausschuss vorerst keine starre Organisationsstruktur. So verzichtete man beispielsweise auf die Ernennung eines Präsidenten. Das Sitzungspräsidium wurde vielmehr nach dem Rotationsprinzip ausgeübt. Als sich allerdings im Verlaufe des Jahres 1973 in der VS mehr und mehr interne Probleme bemerkbar machten, deren Ursachen auch in der Struktur der VS begründet lagen, entschloss sich der GA dazu, einen ständigen Präsidenten (Mario v. Cranach) sowie einen hauptamtlichen Sekretär (Hanspeter Gschwend) zu bestimmen.<sup>315</sup>

Die Arbeit des GA war von grossem Engagement für die geplante Hochschule geprägt. Dementsprechend intensiv war jeweils auch das Sitzungsprogramm. Zuweilen – so scheint mir allerdings – vertiefte sich der GA allzusehr in gewisse Detailfragen.<sup>316</sup> Über die Interaktionen im zwischenmenschlichen Bereich lässt sich aus den vorhandenen Akten – naturgemäß – nicht allzuviel herauslesen. Immerhin zeugen sowohl die Intensität der Sitzungsarbeit als auch das Durchführen gemeinsamer Nachtessen, die bei zweitägigen Sitzungen in der Regel am Abend des ersten Sitzungstages veranstaltet wurden, von einer gewissen gegenseitigen Sympathie der Mitglieder des Gründungsausschusses. Diese Vermutung wird dadurch untermauert, dass kein Gründungsmitglied des GA vorzeitig von seinem Amt zurücktrat. Die Tatsache, dass man sich mit der Planung dieses Hochschulprojektes gleichsam in einer Art Schicksalsgemeinschaft befand, förderte die gegenseitige Akzeptanz wohl zusätzlich.<sup>317</sup>

Zur Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat lässt sich ebenfalls wenig sagen. Der Regierungsrat liess sich in insgesamt fünf gemeinsamen Sitzungen über die laufenden Arbeiten informieren und stimmte auch dem Schlusskonzept zu.<sup>318</sup> Kritische Äusserungen von Regierungsräten, die sich nicht auf einzelne Aspekte des Projekts bezogen, sondern die Hochschule grundsätzlich in Frage stellten, sind mir nicht bekannt. Dennoch ist es offensichtlich, dass bei den Regierungsmitgliedern – mit Ausnahme von Arthur Schmid – Interesse und Engagement für die geplante Hochschule nicht allzu ausgeprägt waren.<sup>319</sup>

<sup>315</sup> Vgl. dazu vor allem Kapitel 5.2.6. Zum Wechsel im Organisationsschema des Gründungsausschusses siehe auch: Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 12 (Teil I).

<sup>316</sup> Die Thematik der «Studentischen Mitbestimmung» war in den siebziger Jahren zweifellos ein überaus heftig und kontrovers diskutierter Bereich an den Hochschulen. Der Gründungsausschuss debattierte im Jahre 1974 dennoch mehrmals und sehr ausführlich über gewisse Teilelemente der studentischen Mitbestimmung, die wohl durchaus der späteren Hochschulleitung hätten überantwortet werden können.

<sup>317</sup> Die Gesprächspartner des Schreibenden bestätigten diese Vermutungen.

<sup>318</sup> Siehe Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 14 (Teil I).

<sup>319</sup> Dies zeigt sich unter anderem daran sehr deutlich, dass sich ausser Arthur Schmid kein einziger Regierungsrat in der Öffentlichkeit deutlich hinter das Hochschulprojekt stellte. Als Kollegialbehörde verhielt sich der Regierungsrat – dies möchte ich betonen – indessen loyal. Auch Re-

## **5.2. Die Arbeit der Vorbereitungsstufe im Aarauer Francke-Gut**

### *5.2.1. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vorbereitungsstufe*

Zeitweise arbeiteten neben 4 Sekretärinnen beinahe 20 Wissenschaftler und ein paar Wissenschaftlerinnen an der Vorbereitungsstufe (VS). Da einige dieser wissenschaftlichen Mitarbeiter nur zu Kleinstpensen von 20 oder 30 Prozent eines vollen Arbeitspensums angestellt waren, ist es nicht leicht, im Personalwesen der VS den Überblick zu bewahren.<sup>320</sup> Dieser Überblick wird zudem dadurch erschwert, dass die Arbeitsverhältnisse gewisser Mitarbeiter an der VS nur kurze Zeit dauerten. Dies lag wohl auch daran, dass für gewisse wissenschaftliche Hilfsarbeiten (namentlich bei der Durchführung und Auswertung von Fragebögen) Studenten und Jungakademiker für eine eng begrenzte Zeitdauer eingestellt wurden. Die teilweise ansehnliche Fluktuationsrate darf aber nicht zu einseitigen Schlüssen führen: Die meisten Forscher wirkten bis zum Abschluss der Forschungs- und Planungsprojekte in Aarau mit.

Betrachtet man die Biographien der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vorbereitungsstufe, so lassen sich interessante Feststellungen machen: Viele Wissenschaftler, von denen die allermeisten aus der Schweiz stammten, hatten nach einem ersten Studium oder nach dem Besuch eines Lehrerseminars ein Zweitstudium in Soziologie (oft in Verbindung mit Psychologie) absolviert. Einige unter ihnen verfügten auch über Erfahrung in der Entwicklungshilfe.<sup>321</sup>

Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass die in Aarau tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zumeist Nachwuchskräfte waren. Dies lag einerseits in der Schwierigkeit begründet, «dass erfahrene Wissenschaftler kaum zur Verfügung standen»<sup>322</sup> und überdies eine Anstellung nur für die begrenzte Dauer der VS verbindlich zugesichert werden konnte. Sehr bemerkenswert erscheint

gierungsräte, die sich vor ihrer Wahl durchaus kritisch geäussert hatten (etwa Kurt Lareida, der im Frühjahr 1976 für die FDP in den Regierungsrat gewählte Chefredaktor des Aargauer Tagblatts), verhielten sich als Exekutivmitglieder gegenüber dem Hochschulprojekt loyal. Arthur Schmid bestätigte dies gegenüber dem Schreibenden (mündl. Mitteilung vom 29. 6. 98). Gerade anhand der Wahl Kurt Lareidas kann allerdings auf ein nicht zu unterschätzendes Problem im Verhältnis des Gründungsausschusses zum Regierungsrat hingewiesen werden: die mehrfachen personellen Wechsel im Regierungsrat. Vor diesem Hintergrund war es nicht sehr einfach, zwischen der Exekutive und dem Gründungsausschuss eine dauerhafte gemeinsame Basis zu schaffen.

<sup>320</sup> Siehe EDAr C 420 «Personal VS + Verträge». Unter dieser Bezeichnung werden sämtliche Personaldossiers der Vorbereitungsstufe aufbewahrt.

<sup>321</sup> Siehe dazu beispielsweise: StAAG «HSA», Informationsbulletin Nr. 2 der Vorbereitungsstufe, 15. 3. 1973.

<sup>322</sup> Gründungsausschuss der Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften (Hrsg.): Berichte über die Forschungstätigkeit der Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften. Vorbereitungsstufe. Aarau/Frankfurt a. M., 1976 («Aargauer Beiträge zur Bildungsforschung», Bd. 1), S. 9.

mir dies: Nachdem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VS im Verlauf der Jahre 1975/76 nach anderen Arbeitsplätzen umsehen mussten, da das Finanzpolster der VS immer dünner wurde, fanden alle – ungeachtet der Rezession – in relativ kurzer Zeit «adäquate Stellen».<sup>323</sup> Diese Tatsache stellt – wie ich meine – die Qualität der Arbeit, welche die Forscherinnen und Forscher in Aarau geleistet haben, eindrücklich unter Beweis. Es fällt im Weiteren auf, dass der grösste Teil der Mitarbeiter der VS als Oberassistenten oder Dozenten wieder an eine Universität zurückkehrten, um ihre wissenschaftliche Karriere fortzusetzen. Daraus kann man wohl den Schluss ziehen, dass einige der Akademiker, die in der Vorbereitungsstufe forschten, sehr stark an einer wissenschaftlichen Karriere im Rahmen der Hochschule für Bildungswissenschaften interessiert waren. Dies war ja im Übrigen auch eines der Ziele der VS.

Was das Verhältnis der Mitarbeiter der VS zum Gründungsausschuss betrifft, so lassen sich dazu aus den Protokollen keine allgemeinverbindlichen Aussagen machen. Es dürften hier indessen die üblichen Probleme aufgetreten sein, wie sie zwischen Hierarchiestufen immer wieder vorkommen.<sup>324</sup>

### *5.2.2. Die Finanzen der Vorbereitungsstufe*

Von den am 10. Mai 1970 von den Aargauer Stimmbürgern bewilligten 6,5 Mio. Franken für die Errichtung der VS waren 2,9 Mio. für die Praktikantenausbildung in klinischer Medizin am Kantonsspital Aarau reserviert. Eine weitere halbe Million Franken floss in den Aufbau der Koordinationsstelle für Bildungsforschung. Für die Arbeit der eigentlichen Vorbereitungsstufe blieben folglich nur noch 3,1 Mio. Franken übrig. Dieser Betrag sollte für Planungs- und Forschungsarbeiten bis Ende 1976 ausreichen. Die Finanzplanung, welche aufgrund dieses Rahmens vorgenommen wurde, enthielt indessen erhebliche Unsicherheitsfaktoren wie die Teuerung oder die Höhe allfälliger Bundesbeiträge.<sup>325</sup>

Dank der durch die Eidgenossenschaft gesprochenen Subventionen (insgesamt etwa 2 Mio. Franken) sowie dank dem Nationalfonds, der einige Forschungsprojekte teilweise oder integral finanzierte, vermochte die VS den fi-

<sup>323</sup> Siehe: StAAG «HSA», Informationsbulletin Nr. 10 der Vorbereitungsstufe, 1. 8. 1977, S. 22.

<sup>324</sup> Kritische Äusserungen betreffend des Gründungsausschusses (GA) finden sich in den Sitzungsprotokollen der Mitarbeiterkonferenz vor allem im Zusammenhang mit der Auflösung der Vorbereitungsstufe (VS). Diesbezüglich wurde insbesondere die Personalpolitik des GA mehrfach kritisiert, der den wissenschaftlichen Mitarbeitern im Sommer 1975 aufgrund der prekären Finanzlage der VS vorsorglich kündigen wollte. Siehe dazu unter anderem: StAAG «HSA», Protokoll der Mitarbeiterkonferenz Nr. 59, 12. 6. 1975.

<sup>325</sup> StAAG «HSA», Arbeitspapier Nr. 314 von Matthias Bruppacher, 15. 5. 1975, S. 1 f. Bruppacher war verantwortlich für die Finanzen der Vorbereitungsstufe.

nanziellen Verpflichtungen bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1978 knapp nachzukommen. Dies war allerdings nur dadurch möglich, dass sich einige Mitarbeiter vorzeitig nach neuen Stellen umsahen und andere in einen Lohnverzicht einwilligten.<sup>326</sup> Dennoch blieb die Finanzlage bis zum Schluss prekär.<sup>327</sup> Diese Situation beeinflusste auch das weitere Schicksal der Hochschulvorlage: Nachdem der Grosse Rat im Oktober 1976 das Hochschulgesetz an die Regierung zurückgewiesen hatte, war bei der VS nämlich schlicht kein Geld mehr vorhanden, um eine seriöse Überarbeitung der Hochschulvorlage durchzuführen.

### 5.2.3. *Die Organisationsstruktur der Vorbereitungsstufe*

In der VS wurden unter Anleitung des Gründungsausschusses (GA) die eigentlichen Planungs- und Forschungsaufgaben durchgeführt, die letztlich in die «Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften» münden sollten. Die VS selbst gliederte sich in zwei verschiedene Projektbereiche:<sup>328</sup> in das Entwicklungsprojekt (siehe Kapitel 5.2.4) einerseits und in die Forschungsprojekte (siehe Kapitel 5.2.5) andererseits. Beiden Teilen der VS stand ein zentrales Sekretariat zur Verfügung. Als internes Kommunikationsorgan sowie als Antragsgremium gegenüber dem GA fungierte eine Mitarbeiterkonferenz, die in der Regel einmal wöchentlich eine Sitzung abhielt.<sup>329</sup> Die VS war in einer Villa, inmitten eines idyllischen Parkes, dem sogenannten «Francke-Gut», in Aarau untergebracht. Das Francke-Gut wurde der VS von der Stadt Aarau kostenlos zur Verfügung gestellt.<sup>330</sup>

Da sowohl Gründungsausschuss als auch Vorbereitungsstufe unmöglich sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen, die der Aufbau einer bildungswissenschaftlichen Hochschule erforderte, mit sich brachten, wurden zusätzlich insgesamt 64 Experten hinzugezogen. Diese beschäftigten sich in sieben Arbeitsgruppen mit dem thematischen Aufbau von Lehre und Forschung an der zukünftigen Hochschule. Ausgehend von den Resultaten dieser Arbeitsgruppen entwickelte die VS dann das Studienangebot der Hochschule.<sup>331</sup>

<sup>326</sup> Vgl. dazu Anm. 323.

<sup>327</sup> Siehe StAAG «HSA», Arbeitspapier Nr. 364 von Matthias Bruppacher, 2. 9. 1976, S. 2.

<sup>328</sup> Siehe dazu und im folgenden: Informationsbulletin Nr. 1 der Vorbereitungsstufe, 15. 8. 1972, S. 11 f.

<sup>329</sup> Von der Mitarbeiterkonferenz existieren im StAAG Sitzungsprotokolle. Vgl. Anm. 29.

<sup>330</sup> Vgl. Anm. 131.

<sup>331</sup> Siehe dazu: Vorbereitungsstufe Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften (Hrsg.): Arbeitsbericht Nr. 11 – Aufgaben für Forschung und Lehre an der Hochschule Aargau. Materialien des Gründungsausschusses. Aarau, 1974. Die sieben Arbeitsgruppen befassten sich je mit einem der folgenden Themen: Lehrerbildung; Erwachsenenbildung; Sozialarbeit/Sozialpädagogik; Evaluation; Unterrichtsforschung/Unterrichtstechnologie und Massenkommunikation.

## 5.2.4 Das Entwicklungsprojekt

Das Entwicklungsprojekt kümmerte sich ausschliesslich um die eigentlichen Entwicklungs- und Planungsaufgaben, die für den Aufbau einer Hochschule für Bildungswissenschaften notwendig waren. Dieses Projekt bildete innerhalb der VS also gleichsam die traditionelle Komponente der Planung einer neuen Hochschule. Die Planung wurde allerdings ganz anders angegangen als beispielsweise in Luzern: Es galt das Prinzip der «rollenden Planung».<sup>332</sup>

Zunächst leiteten Hanspeter Gschwend und Karl Weber das Entwicklungsprojekt als gleichberechtigte wissenschaftliche Mitarbeiter. Dabei sollte sich Weber eher um die planerischen Bereiche und die «inhaltlich-konzeptionelle» Ebene der projektierten Hochschule kümmern, während Gschwend in erster Linie die Koordination innerhalb der VS, die Informationstätigkeit sowie die «organisatorische und strukturelle Konzeption» oblag.<sup>333</sup> Es ist vermutlich kein Zufall, dass die strukturelle Krise der VS im Jahre 1973 gerade auch wegen dieser doch recht schwammigen Zuständigkeitsregelung ausbrach.<sup>334</sup> Seit September 1973 stand das Entwicklungsprojekt dann unter der alleinigen Leitung von Karl Weber, dem drei Mitarbeiter (darunter ein Architekt) zugeteilt wurden.<sup>335</sup>

## 5.2.5 Die Forschungsprojekte

Die Grundzüge der Forschungsarbeit schildert das erste «Informationsbulletin» der VS so:

«Die (...) zu leistende Forschungsarbeit hat grundsätzlich eine dreifache Aufgabe: Erstens soll sie, unabhängig vom weiteren Schicksal des Hochschulprojektes, einen Beitrag zur Lösung bildungspolitischer Fragen leisten. Zweitens soll sie zur Entwicklung des aargauischen Hochschulmodells beitragen, soweit dies (...) möglich ist. Und schliesslich soll am Beispiel der geleisteten Arbeiten gezeigt werden, worum es bei der Bildungsforschung geht.»<sup>336</sup>

Die Protokolle und jeweiligen Schlussberichte der einzelnen Arbeitsgruppen befinden sich alle im StAAG.

<sup>332</sup> Siehe dazu: StAAG «HSA», Arbeitspapier Nr. 72 von Hanspeter Gschwend und Karl Weber, 25. 1. 1973. Auf der ersten Seite dieses Arbeitspapiers charakterisieren die beiden Verfasser das Prinzip der «rollenden Planung» folgendermassen: «Rollende Planung bedeutet, dass der zeitliche Abstand zwischen Planung und Realisierung möglichst kurz gehalten wird. Damit können unmittelbare Erfahrungen der «Praxis» direkt für die weiteren Planungsarbeiten fruchtbar gemacht werden; der Feedbackprozess ist institutionalisiert.»

<sup>333</sup> Siehe StAAG «HSA» (wie Anm. 328), S. 14 f.

<sup>334</sup> Vgl. dazu Kapitel 5.2.6.

<sup>335</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 13, (Teil I).

<sup>336</sup> StAAG «HSA» (wie Anm. 328), S. 16.

Die einzelnen Forschungsprojekte wurden jeweils von einem verantwortlichen Projektleiter geleitet. Dieser war auch Mitglied des GA.<sup>337</sup> Er arbeitete mit mehreren wissenschaftlichen Mitarbeitern zusammen, für deren Forschungstätigkeit er verantwortlich zeichnete.

Die an der VS durchgeführten Forschungsprojekte stellt der erste Band der «Aargauer Beiträge zur Bildungsforschung» ausführlich vor.<sup>338</sup> Neben diesen Forschungsprojekten wurde in den ersten beiden Jahren der VS zusätzlich auch ein sogenanntes «Vorprojekt» erarbeitet, mit dessen Hilfe wesentliche Grundlagendaten für die spätere Bearbeitung in anderen Forschungsprojekten erschlossen wurden. Dieses Vorprojekt umfasste unter anderem eine Beschreibung der Bildungssysteme der Kantone Aargau und Solothurn (ein weiterer Hinweis auf die enge Zusammenarbeit der beiden Stände) und die Aufzeichnung der wichtigsten Ereignisse im Bereich der Bildungspolitik der letzten Jahre.<sup>339</sup>

Über die Qualität der in Aarau geleisteten Forschungsarbeit kann ich mich als Nichtfachmann natürlich nicht persönlich äussern. In den Sitzungsprotokollen des Gründungsausschusses (GA), der offensichtlich sehr häufig über die Forschungsprojekte diskutierte, finden sich keine expliziten Äusserungen über die Qualität von Forschungsberichten. Hingegen wurden ab und zu formale oder thematische Anregungen zu einzelnen Forschungsarbeiten angebracht.<sup>340</sup> Es kam auch vor, dass zur Veröffentlichung vorgesehene Manuskripte für eine Überarbeitung an den oder die Autoren zurückgewiesen wurden. Aufgrund dieser Tatsachen kann man darauf schliessen, dass insbesondere das Verhalten der drei Professoren im GA gegenüber den an der VS geleisteten Forschungsarbeiten augenscheinlich zahlreiche Parallelen zum Verhältnis zwischen Doktorvater und Jungakademiker an bestehenden Hochschulen aufwies. Die einzige in den vorhandenen Akten fassbare Aussage über die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit, die an der Vorbereitungsstufe (VS) geleistet wurde, stammt von Wolfgang Edelstein; sie lässt allerdings an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Edelstein, Dozent am Berliner Max-Planck-Institut, hatte sich im November 1975 einige Tage in Aarau aufgehalten. Er schilderte in einem

<sup>337</sup> Vgl. Anm. 312.

<sup>338</sup> Siehe «Aargauer Beiträge zur Bildungsforschung» (wie Anm. 322). Die Titel der vorgestellten Forschungsprojekte lauten: Studienverlauf und Studienerfolg an Schweizer Hochschulen; Entwicklungstendenzen der Bildung Erwachsener in der Schweiz; Begleitstudien zu den Funkkollegs in der Schweiz; Zusammenarbeit zwischen Schule und Familie; Sympathiebeziehungen und Gruppenbildung unter Schülern; Vorschulerziehung und familiäre Umwelt; Einschulung als Problem.

<sup>339</sup> Siehe dazu: StAAG «HSA» (wie Anm. 328), S. 19.

<sup>340</sup> Die Kritik richtete sich zumeist gegen allzu komplexe Formulierungen und gegen die übermässige Verwendung von Fachtermini. Sie hatte also eine bessere Lesbarkeit der Arbeiten zum Ziel.

Brief an Mario v. Cranach seine Eindrücke. Er zeigte sich dabei von der Qualität der in Aarau geleisteten Forschung überaus angetan. Unter anderem schrieb Edelstein folgendes:

«In den wenigen Jahren der Tätigkeit der VS hat sie eine höhere Produktivität entfaltet als manche ältere Institute in den Sozialwissenschaften. (...) Hier wurde, meine ich, relevante, solide, wissenschaftlich qualifizierte Arbeit geleistet – in vieler Hinsicht nicht nur redlicher, sondern auch besser, als dies gelegentlich unter theoretisch hochgestocheneren Ansprüchen geschieht.»<sup>341</sup>

### 5.2.6. *Die interne Krise von 1973*

Es versteht sich wohl von selbst, dass sich bei einer frisch ins Leben gerufenen Institution – zumal wenn es sich dabei um ein gänzlich neuartiges Projekt handelt – erst nach einer gewissen Zeit zeigt, inwieweit ihre Strukturen den tatsächlichen Bedürfnissen angepasst sind. Dieser Befund traf zweifellos auch auf die Vorbereitungsstufe der geplanten Hochschule für Bildungswissenschaften zu. Der Gründungsausschuss hielt im Protokoll seiner Sitzung vom 20.-22. 9. 1973 fest:

«Die zunehmende Zahl von Mitarbeitern und das Anwachsen sowie die immer grössere Vielfalt der Aufgaben der Vorbereitungsstufe haben Probleme mit sich gebracht, die teilweise im Rahmen der bisherigen Struktur nicht mehr bewältigt werden konnten.»<sup>342</sup>

Dieses Protokoll rekapitulierte im weiteren die doppelte Aufgabe der VS: einerseits die Planung einer Hochschule und andererseits die Durchführung bildungswissenschaftlicher Forschungsprojekte; daraus ergab sich offenbar ein weiteres Problem:

«Aus der Sicht der meisten Mitarbeiter liegt das Kernproblem in dieser Doppel-aufgabe begründet. Das Entwicklungsprojekt wurde personell bewusst klein dotiert, da die Mitarbeiter der Forschungsprojekte in den Planungsprozess einbezogen werden sollten. Das führte in der Praxis dazu, dass einerseits die Mitarbeiter der Forschungsprojekte mit Planungsaufgaben dauernd stark belastet sind, andererseits aber trotzdem nicht Zeit finden, die ganze vom Entwicklungsprojekt erwartete Arbeitsleistung zu erbringen.»<sup>343</sup>

<sup>341</sup> EDAr C 420/1976/77 «Korrespondenz 76/77», Brief von Wolfgang Edelstein an Mario v. Cranach vom 29. 1. 1976, S. 2 f. Edelstein weilte im übrigen bereits 1973 für einige Zeit in Aarau, um an der Vorbereitungsstufe Supervisionen durchzuführen. Siehe dazu Kapitel 5.2.6.

<sup>342</sup> StAAG «HSA», Protokoll des Gründungsausschusses Nr. 9, 20.-22. 9. 1973, S. 3 f.

<sup>343</sup> StAAG «HSA» (wie Anm. 342), S. 4.

Auch die Doppelrolle, die Matthias Bruppacher in der Verwaltung (als Chef der Abteilung Hochschule im Erziehungsdepartement) und im Gründungsausschuss (als dessen Sekretär) auszuüben hatte, war wohl kaum der Weisheit letzter Schluss. Überdies akzentuierten sich die internen Schwierigkeiten der Vorbereitungsstufe auch durch die folgende Tatsache:

«(...) dass auf den wissenschaftlichen Betrieb der Vorbereitungsstufe Normen der Verwaltung angewendet werden müssen, die vielen Wissenschaftlern für ihre Arbeit ungenügend erscheinen».<sup>344</sup>

Hanspeter Gschwend erklärte mir gegenüber die Krise der Vorbereitungsstufe im Jahre 1973 unter anderem auch mit der speziellen Situation der VS: Neben der starken Arbeitsbelastung war latent eine gewisse Existenzangst vorhanden, da die weitere Zukunft der Hochschule, an der man plante, sehr unsicher war. Dazu kam offenbar auch ein nicht unerheblicher Profilierungsdruck, weil die meisten Wissenschafter und auch die beiden Wissenschafterinnen eine Hochschulkarriere anstrebten.<sup>345</sup>

Auch persönliche Differenzen innerhalb der VS trugen zweifellos zur Krise im Francke-Gut bei. Diese wurden aber gleichsam unter Verschluss gehalten: Auf jeden Fall drang davon nichts in diejenigen Publikationen, welche für ein breites Publikum bestimmt waren. Offenbar wollte man durch diese Massnahme die Öffentlichkeit nicht über Gebühr gegen die VS aufbringen. Hanspeter Gschwend wies gegenüber dem Schreibenden aber darauf hin, dass sich namentlich die Probleme im Entwicklungsprojekt an ernsthaften Differenzen zwischen ihm und Karl Weber entfacht hätten.<sup>346</sup>

Auf die offenkundige interne Krise reagierte der Gründungsausschuss (GA) zunächst mit einer Reorganisation der Strukturen: Er gab sich in der Person von Mario v. Cranach einen ständigen Präsidenten und schuf die Stelle eines hauptamtlichen Sekretärs des GA, die mit Hanspeter Gschwend besetzt wurde. Er sollte sich überdies um die Öffentlichkeitsarbeit und die Koordinationsaufgaben mit den anderen Gründerkantonen kümmern.<sup>347</sup> Auf diese Weise konnte auch Matthias Bruppacher von seiner Doppelaufgabe entbunden werden.

<sup>344</sup> STAAG «HSA» (wie Anm. 342), S. 5.

<sup>345</sup> Mündl. Mitteilung vom 4. 6. 1998.

<sup>346</sup> Der Soziologe Weber, der vor seiner Tätigkeit für die Vorbereitungsstufe (VS) eine Zeitlang für die Planungsfirma Metron in Brugg gearbeitet hatte, warf Gschwend offenbar vor, als Gymnasiallehrer verstehe er nichts von Planung. Zur Kommunikation der internen Krise gegenüber der Öffentlichkeit vgl. Informationsbulletin Nr. 3 der Vorbereitungsstufe, 15. 10. 1973, S. 23. Hier werden die personellen Rochaden innerhalb der VS schlicht als «organisatorische Neuerungen» bezeichnet; über interne Differenzen erfährt der Leser nichts.

<sup>347</sup> STAAG «HSA» (wie Anm. 342), S. 5 f.

Die Mitarbeiterkonferenz, welche sich ebenfalls reorganisierte, ging noch einen Schritt weiter und lud schon im Sommer 1973 den bereits erwähnten Wolfgang Edelstein nach Aarau ein. Edelstein nahm mittels Supervisionen eine Situationsanalyse der VS vor und verfasste darüber ein Memorandum.<sup>348</sup> Auf dieses Memorandum reagierte Matthias Bruppacher indessen mit einer Entgegnung. Darin kritisierte er insbesondere die einseitig auf die strukturelle Reorganisation ausgerichteten Lösungsansätze. Bruppacher plädierte vielmehr dafür, dass auch die personellen Probleme identifiziert und angesprochen werden müssten.<sup>349</sup> Darüber hinaus beklagte er die mangelnde Selbstdisziplin zahlreicher Forscher der VS.<sup>350</sup>

Für die späteren Jahre kann man den vorhandenen Quellen keine weiteren Anhaltspunkte zu grösseren internen Zwistigkeiten in der VS entnehmen. Natürlich wurden durch die 1973 eingeleiteten Massnahmen kaum alle Probleme mit einem Mal gelöst, aber eine gewisse Entspannung des Betriebsklimas dürfen wir wohl annehmen. Diese Vermutung wird auch durch Äusserungen im bereits erwähnten Brief von Wolfgang Edelstein an Mario v. Cranach bestätigt. Edelstein schreibt darin, er habe bei seinem zweiten Besuch an der VS eine Stimmung angetroffen, die «weniger von interpersonellen Spannungen belastet» gewesen sei, ja es habe sogar eine «auffällige interpersonelle Freundlichkeit und Gelassenheit» geherrscht, was er auch auf eine «höhere Frustrationstoleranz» zurückführte.<sup>351</sup>

### **5.3. Die Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften nach dem Abschluss der Planungen 1975**

Mit dem Abschluss der Planungen für die zukünftige Hochschule näherte sich im Frühjahr 1975 auch das Ende der Vorbereitungsstufe (VS). Nun waren

<sup>348</sup> Zu Edelstein siehe Anm. 341. Über das angesprochene Memorandum fand ich in den Quellen – ausser dem Titel – keine Angaben. Der Titel lautet: «Bemerkungen über Probleme der Vorbereitungsstufe in Aarau». Zitiert in: StAAG «HSA», Arbeitspapier Nr. 149 von Matthias Bruppacher, 29. 10. 1973, S. 1.

<sup>349</sup> Ebd. S. 1.

<sup>350</sup> Ebd. S. 3 f. Bruppacher monierte dabei insbesondere das offenbar weitverbreitete Nichteinhalten von festgelegten Terminen und den oft (zu) späten Arbeitsbeginn am Vormittag. Auf die Probleme innerhalb der VS angesprochen, meinte Bruppacher gegenüber dem Schreibenden (mündl. Mitteilung vom 10. 6. 1998) ausserdem, dass sich einige Mitarbeiter der VS an einer Art Parauniversität wöhnten und offensichtlich grossen Wert auf ihren akademischen Habitus legten.

<sup>351</sup> EDAr C 420/1976/77 (wie Anm. 341), Brief von Wolfgang Edelstein an Mario v. Cranach vom 29. 1. 1976, S. 1.

die politischen Instanzen aufgerufen, sich mit dem Resultat der Planungsarbeiten der VS auseinanderzusetzen; dafür sollte der im Frühjahr 1975 erschienene zweiteilige «Planungsbericht» die Grundlagen liefern. Gemäss der ursprünglichen Intention des Gründungsausschusses hätte auf der Basis dieses Planungsberichtes vom Regierungsrat in möglichst kurzer Zeit ein Hochschulgesetz ausgearbeitet und vom Grossen Rat genehmigt werden sollen. Auf diese Weise wäre es – nachdem auch das Volk zur neuen Hochschule Ja gesagt hätte – möglich gewesen, einen grossen Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der VS in die neue Hochschule zu integrieren. Diesem Planungsbericht werde ich mich jetzt zuwenden. Dabei möchte ich allerdings nur die wesentlichen Punkte herausgreifen.

### *5.3.1. Struktur, Grösse und Kostenrahmen der geplanten Hochschule*

Der relativ kleine Umfang der geplanten Hochschule sollte sich nach Ansicht des GA in einer übersichtlichen und einfachen Struktur widerspiegeln.<sup>352</sup> Um ein reibungsloses und flexibles wissenschaftliches Arbeiten zu ermöglichen, hätte die neue Hochschule aber dennoch über Organe verfügen müssen, wie sie auch herkömmliche Hochschulen kannten. Der Planungsbericht sah folgende Gremien vor: einen «Grossen Senat» (als «Parlament» der Hochschule) sowie einen «Kleinen Senat», dem «Grossen Senat» zur Seite stehend und vom Rektor geleitet. Für besondere Aufgaben wie beispielsweise die Studienberatung, die Planung eines Weiterausbaus der Hochschule oder für eine Beratungsstelle für Bildungsfragen waren eigene Dienstleistungsstellen vorgesehen. Die Hochschulverwaltung, aber auch Bibliothek und Datenverarbeitung wären unter der Leitung eines Kanzlers gestanden.

Der Aufbau der Hochschule für Bildungswissenschaften sollte so kontinuierlich wie möglich vor sich gehen.<sup>353</sup> Bei diesem Aufbau wurden zwei Stufen definiert, die von besonderer Wichtigkeit seien: Einerseits die so genannte «Kritische Grösse», ein Niveau, unter dessen Stand die Hochschule langfristig nicht funktionsfähig geblieben wäre; andererseits die so genannte «Optimale Grösse», die unter allen Gesichtspunkten dem idealen Ausbaustand der Hochschule entsprochen hätte. Die Kritische Grösse hätte spätestens 1979 mit etwa 220 Arbeitsplätzen (für Dozierende, Assistierende, Studierende sowie administratives

<sup>352</sup> Zur Struktur des vorgeschlagenen Hochschulmodells siehe Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 89–111, (Teil I).

<sup>353</sup> Was die Grösse der neuen Hochschule betrifft, siehe Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 113–124 (Teil I).

und technisches Personal) erreicht werden sollen, während die Optimale Grösse für 1985 vorgesehen war und beinahe 600 Arbeitsplätze umfasst hätte.<sup>354</sup>

Auf die Kosten der zu errichtenden Hochschule geht der zweite Teil des Planungsberichtes ausführlich ein.<sup>355</sup> Er unterscheidet zwischen den Bau- und Investitionskosten sowie den jährlichen Betriebskosten. Bezuglich der jährlichen Betriebskosten rechnete der Planungsbericht mit ungefähr 8,5 Mio. Franken für die Kritische Grösse und etwa 17,5 Mio. Franken für die Optimale Grösse, wobei die Nettobelastung des Kantons nach Abzug der Bundesbeiträge mutmasslich 6,5 respektive 13,5 Mio. Franken betragen hätte.<sup>356</sup> Was die Bau- und Investitionskosten betrifft, so wurden für jeden Standort, der einer ausführlichen Standortevaluation unterzogen worden war, einzeln Kostenberechnungen vorgelegt, deren Finanzbedarf zwischen 20,5 Mio. Franken (in Zofingen) und 28,9 Mio. Franken (Aarau-Scheibenschachen) lagen.<sup>357</sup>

### 5.3.2. *Die Schwerpunkte von Lehre und Forschung an der geplanten Hochschule*

Die Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften verstand sich als wissenschaftliche Berufsschule für Fachleute im Bildungswesen und zugleich als ein Zentrum für Bildungsforschung in der Schweiz.<sup>358</sup> An dieser Hochschule sollten zum einen Jungakademikerinnen und Jungakademiker, die sich nach einem Studienabschluss vertieft mit Bildungswissenschaft auseinandersetzen wollten, studieren können. Zum anderen wäre sie auch Berufsleuten aus der pädagogischen Praxis, die eine wissenschaftliche Zusatzausbildung anstrebten, offen gestanden. Die geplante Hochschule war nur für Nachdiplomstudien ge-

<sup>354</sup> «Optimal» war diese Grösse selbstverständlich nur bezogen auf die Hochschule für Bildungswissenschaften. Eine allfällige spätere Erweiterung der Hochschule – eventuell auch in Richtung anderer Disziplinen – wäre nach 1985 jederzeit möglich gewesen.

<sup>355</sup> Siehe Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), (Teil II). S. 43–52 werden die Bau- und Investitionskosten, S. 61–70 die Betriebskosten aufgeführt. S. 71–75 schliesslich werden die vermutlich zu erwartenden Bundesbeiträge angegeben und die effektive Nettobelastung des Kantons Aargau aufgelistet. Über die Höhe der Bundesbeiträge bestand 1975 indessen eine gewisse Unsicherheit, da sich das Hochschulförderungsgesetz damals in Revision befand und letztlich 1978 in einer Referendumsabstimmung sogar abgelehnt wurde (vgl. dazu Anm. 190). Der Gründungsausschuss ging bezüglich Bundesbeiträgen in seinem Berechnungsmodell vom Ansatz des alten Hochschulförderungsgesetzes aus.

<sup>356</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 75, (Teil II).

<sup>357</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 48–52, (Teil II). Zur Standortfrage siehe Kapitel 5.3.3.

<sup>358</sup> Siehe dazu: Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 35–87, (Teil I).

dacht. Die doppelte Ausrichtung auf Berufsleute und Akademiker hatte zur Folge, dass die Matura als Zulassungsvoraussetzung einerseits nicht genügt hätte (weil eine pädagogische Berufspraxis oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium vorausgesetzt wurde) und andererseits unter Umständen auch ein Eintritt ohne Maturitätszeugnis möglich gewesen wäre (bei langjähriger Berufspraxis und dem Nachweis einer theoretischen Grundausbildung).<sup>359</sup> An der Hochschule wären Ausbildungsgänge für zehn verschiedene pädagogische und soziale Berufe in sechs Bereichen angeboten worden.<sup>360</sup> Die Studierenden hätten in ihrem Studium zwischen zwei verschiedenen Studiengängen wählen können. Einerseits wäre ein Aufbaustudium geplant gewesen, das als mehrjähriger vollzeitlicher Ausbildungsgang konzipiert wurde und dessen Studienziel in einem Diplom oder einer Promotion bestanden hätte.

«[Das Aufbaustudium] bereitet vor auf eine Berufstätigkeit im Unterricht (Lehrtätigkeit), in der Beratung, in der Bildungsplanung und Bildungsverwaltung oder in der Forschung.»<sup>361</sup>

Andererseits wäre auch ein Kontaktstudium angeboten worden, welches der berufsbegleitenden Weiterbildung dienen sollte und mindestens ein halbes Jahr gedauert hätte. Der Besuch des Kontaktstudiums wäre mit einem Leistungsausweis zertifiziert worden.

«[Die Ziele des Kontaktstudiums] können im Auffrischen von früher erworbenen wissenschaftlichen Kenntnissen, im Vertrautmachen mit den neuesten Entwicklungen in grundsätzlich bekannten Spezialgebieten, in der Erweiterung oder Vertiefung vorhandener Kenntnisse oder im Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten in neuen Gebieten bestehen.»<sup>362</sup>

<sup>359</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 42 f., (Teil I).

<sup>360</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 48–64 (Teil I). An der Hochschule wären Studiengänge für folgende Berufe angeboten worden: In der Lehrerbildung: Dozent für bildungswissenschaftliche Fächer; Übungsschullehrer; Fachdidaktiker; Schulberater; Schulinspektor. In der Berufs- und Erwachsenenausbildung: Dozent in der Ausbildung von Berufsschullehrern; Kursleiter und Organisator in der allgemeinen Erwachsenen- und Elternbildung und in der beruflichen Weiterbildung (besonders Lehrmeisterausbildung). In der Sozialarbeit und Sozialpädagogik: Dozent und Berater für Sozialarbeit. In der Berufs- und Studienberatung: akademischer Berufsberater. In der Bildungsverwaltung: leitende Mitarbeiter in Bildungsverwaltung und Bildungsplanung. In der Forschung: Bildungsforscher. Einige dieser Ausbildungsgänge hätten sowohl im Aufbaustudium als auch im Kontaktstudium absolviert werden können. Ein Teil wäre jeweils nur für einen der beiden Studiengänge vorgesehen gewesen. Siehe Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 37, (Teil I).

<sup>361</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 41, (Teil I).

<sup>362</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 41 f., (Teil I).

Bezüglich der Forschung ging der GA vom Grundsatz aus, dass sie sich «schwergewichtig an der Ausbildung der Hochschule Aargau» zu orientieren habe und zudem «sowohl praktische als auch theoretische Gesichtspunkte» berücksichtigen müsse.<sup>363</sup> Der GA warnte insbesondere vor einer einseitigen Ausrichtung auf die Bildungspolitik oder auf wissenschaftliche Gesichtspunkte.<sup>364</sup> Als Forschungsschwerpunkte bezeichnete der Planungsbericht nur sehr allgemeine Bereiche, in deren Rahmen keine einzelnen Forschungsprojekte im Voraus bestimmt wurden: Der GA wollte es offensichtlich vermeiden, diesbezüglich Präjudizien zu schaffen.<sup>365</sup> Neben Ausbildung und Forschung hätte die Hochschule für Bildungswissenschaften überdies eine dritte Dienstleistung angeboten: die Beratung von Bildungsinstitutionen und Bildungspolitikern in Bildungsfragen.<sup>366</sup>

### 5.3.3. *Die Standortfrage*

Es geschieht auch heute in Wort und Schrift durchaus nicht selten, dass die geographischen Bezeichnungen «Aarau» und «Aargau» miteinander verwechselt werden. War dies bezüglich der Hochschule, welche an der VS projektiert wurde, ebenso? Vordergründig müsste ich diese Frage bejahen, denn man liest auch in Dokumenten, die vor 1975 verfasst wurden, immer wieder von einer in «Aarau» geplanten Hochschule, obwohl der genaue Standort dieser «Hochschule Aargau» doch erst 1975 festgelegt wurde. Ohne Zweifel liegt aber in diesem Fall mehr als einfach eine simple Verweichlung von «Aarau» und «Aargau» vor.

Das aargauische Hochschulprojekt wurde nämlich spätestens seit dem Beginn der Arbeiten an der VS mit der Stadt Aarau assoziiert. Dies lag auch daran, dass die Stimmbürger der Stadt Aarau im Jahre 1969 (also noch vor der Abstimmung über den Kredit für die Vorbereitungsstufe) der VS das in städti-

<sup>363</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 73 f., (Teil I).

<sup>364</sup> Siehe Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 73, (Teil I): «Die alleinige Ausrichtung auf die Politik macht die Forschung zum Werkzeug häufig kurzfristiger Bestrebungen. Bei einseitiger Orientierung an wissenschaftlichen Gesichtspunkten besteht die Gefahr einer Isolierung im Elfenbeinturm.»

<sup>365</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 76, (Teil I): «Im Rahmen der Forschung interessieren dabei vor allem die folgenden Gesichtspunkte: Lern-, Entwicklungs- und Sozialisationsprozesse; Ziele, Inhalte, Methoden und Techniken des Lehrens und Lernens (Didaktik, Lehrpläne); Verflechtung und Zusammenhänge zwischen Zweigen und Stufen des Bildungswesens und zwischen dem Bildungswesen und anderen Teilbereichen der Gesellschaft.»

<sup>366</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 80 f., (Teil I).

schem Besitz befindliche Francke-Gut kostenlos zur Verfügung stellten. Damit wollten sie – so ist zu vermuten – in Bezug auf den späteren Hochschulstandort ein Präjudiz schaffen.

Im Wissen um die Resultate der späteren Standortuntersuchung könnte man zwar einwenden, Aarau habe als Standort der Hochschule sowieso von Anfang an festgestanden; dieses Argument ist indessen nicht stichhaltig, weil Mitte der sechziger Jahre Jean Rudolf von Salis, der erste Präsident des Aargauischen Hochschulvereins, mit dem Gedanken an die Öffentlichkeit trat, im Seetal – nahe der Grenze zum Kanton Luzern – sei eine Campus-Universität nach dem Vorbild der USA zu errichten.<sup>367</sup> Die Idee einer Campus-Universität auf der grünen Wiese setzte sich langfristig zwar nicht durch; dennoch beschäftigte sich noch im Jahre 1967 der Bericht Steiner mit diesem Vorschlag.<sup>368</sup>

Der Gründungsausschuss war sich durchaus bewusst, dass gerade im Aargau mit seinen stark regional definierten Strukturen ohne ausgeprägtes Zentrum die Suche nach einem geeigneten Standort für die geplante Hochschule einigen Zündstoff barg: Man konnte es sich nicht leisten, das Schicksal der späteren Hochschule durch das Übergehen grösserer Regionen bei der Standortsuche oder gar durch eine unbedachte Standortwahl aufs Spiel zu setzen. Dass diese Gefahr einen durchaus realen Hintergrund hatte, zeigte etwa der Jahrzehnte dauernde Kampf um die zweite Kantonsschule in Baden (sie wurde erst 1960 eröffnet).

Aus diesem Blickwinkel muss die damalige Standortuntersuchung verstanden werden, die in einem zweistufigen Verfahren ablief.<sup>369</sup> Die Planungsfirma Metron in Brugg führte in einer ersten Phase in Form einer Nutzwertanalyse eine sogenannte «Makrostandortuntersuchung» in den Regionen Aarau, Baden, Brugg, Lenzburg, Olten, Stein/Frick und Zofingen durch.<sup>370</sup> Aufgrund der Resultate dieser ersten Untersuchung, die im Februar 1974 veröffentlicht wur-

<sup>367</sup> Siehe StAAG NL. D s. v. «Hochschulverein Aargau», Redemanuskript «Eine aargauische Universität als Beitrag zur Hochschulförderung in der Schweiz», S. 14. Dieses Referat wurde von Jean Rudolf von Salis anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung des Aargauischen Hochschulvereins am 20. 2. 1965 in Baden gehalten.

<sup>368</sup> Bericht Steiner (wie Anm. 95), S. 121 ff. Zusätzlich zur Schilderung einiger grundsätzlicher Vorteile von Campus-Universitäten führte der Arbeitsausschuss um J. Steiner in seinem Bericht auch eine Umfrage bei Dozenten und Studierenden an den Universitäten Basel, Bern und Zürich durch, mit der die Anziehungskraft einer Campus-Universität untersucht werden sollte. Die Resultate wurden nicht kommentiert. Siehe Bericht Steiner (wie Anm. 95), S. 143–149.

<sup>369</sup> Siehe dazu und im Folgenden: Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 19–59, (Teil II).

<sup>370</sup> Siehe StAAG «HSA», Arbeitspapier Nr. 308 von Hanspeter Gschwend, 3. 3. 1975, S. 3: Bei dieser Untersuchung standen folgende Anforderungen im Zentrum: die Erreichbarkeit mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln; die eigenständige Lage gegenüber bestehenden Hochschulen und grossen städtischen Zentren; die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Bildungsinstitutionen; das Angebot an Dienstleistungs- und Folgeeinrichtungen für die Hochschulangehörigen.

den, schieden Brugg und Stein/Frick aus. Das zweifellos überraschendste Ergebnis dieser ersten Untersuchungsrunde war indessen die Tatsache, dass Olten noch vor Aarau an der Spitze der Rangfolge stand.<sup>371</sup> Diese Situation führte im Aargau zu einigen Protesten.<sup>372</sup>

Nachdem sich der Kanton Solothurn, die Stadt Olten und die Regionalplanungsgruppe Olten bereit erklärt hatten, die Kosten für die Untersuchungen der zweiten Runde in Olten selbst zu tragen, beschloss die Aargauer Regierung, durch dieselbe Firma neben Aarau, Baden, Lenzburg<sup>373</sup> und Zofingen auch in Olten eine so genannte «Mikrostandortuntersuchung» durchführen zu lassen. Diese Untersuchung kam zu Beginn des Jahres 1975 zum Schluss, das Kasernenareal in Aarau sei mit deutlichem Abstand der idealste Standort für die Errichtung der Hochschule.<sup>374</sup> Aus heutiger Sicht fällt es nicht leicht, zu ergründen, weshalb Olten in der zweiten Runde der Standortuntersuchungen seine Spitzenstellung nicht mehr halten konnte. Mit Sicherheit waren hierfür auch politische Gründe nicht ganz unmassgeblich, aber trotzdem muss klar darauf verwiesen werden, dass das Auswahlverfahren nach planerischen und nicht nach politischen Kriterien durchgeführt wurde.

Obgleich Aarau zum Standort der künftigen Hochschule erkoren worden war, machte sich in der Kantonshauptstadt keineswegs Euphorie breit. Bereits früher hatten die Aarauerinnen und Aarauer ziemlich zurückhaltend auf die Aussicht reagiert, dereinst eine Hochschule zu beherbergen.<sup>375</sup> An dieser Reaktion kann man unschwer erkennen, wie sehr die Stimmung – gerade auch in Aarau – seit 1969 umgeschlagen hatte.

Der Standort Olten wurde im Übrigen vor allem im Hinblick auf eine zukünftige enge Zusammenarbeit mit dem Kanton Solothurn, aber auch durch seine Nähe zum Aargau in die Untersuchung miteinbezogen.

<sup>371</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 22–24, (Teil II).

<sup>372</sup> Als ein Beispiel sei hier die Stellungnahme des Hochschulvereins von Jakob Hohl angeführt. Siehe NL. D s. v. «Hochschulverein Aargau», Hochschulnachrichten Nr. 25 (März 1974), S. 1: «Ohne die Notwendigkeit der Kooperation mit den Bundesorganen und anderen Kantonen zu bestreiten, ist er [der Hochschulverein] der Ansicht, dass die Variante «Standort Olten» nicht weiter verfolgt werden sollte.»

<sup>373</sup> Lenzburg war im Übrigen – soweit mir bekannt ist – die einzige Stadt, die sich auch in den siebziger Jahren noch aktiv darum bemüht hatte, Standort der aargauischen Hochschule zu werden. Siehe EDAr C 420/1973 (wie Anm. 248), Brief des Stadtrates von Lenzburg an das Erziehungsdepartement in Aarau vom 12. 7. 1973. In diesem Schreiben monieren die Lenzburger Stadtväter das mangelnde Interesse der Aarauer Planer an einem Hochschulstandort Lenzburg, «obwohl das Interesse Lenzburgs an einer Hochschule unvermindert anhält». In demselben Brief wird zudem auf eine 1970 entstandene Planungsstudie verwiesen, die einem Hochschulstandort Lenzburg positiv gegenüberstand. Scheifele, Rolf: Lenzburg. Standort einer aargauischen Hochschule. Baden, 1970.

<sup>374</sup> Planungsbericht des Gründungsausschusses an den Regierungsrat (wie Anm. 156), S. 26 f., (Teil II).

<sup>375</sup> Siehe dazu: Aargauer Tagblatt, Nr. 119 (24. 5. 1974).

## **5.4. Die Öffentlichkeitsarbeit der Vorbereitungsstufe (VS)**

Für die Information der Öffentlichkeit entwickelten die Mitarbeiter der VS nach und nach eine grosse Bandbreite an Materialien und analysierten ihre Vorgehensweise immer wieder, um Korrekturen vorzunehmen, falls diese erforderlich schienen. Die VS war von Anfang an darauf bedacht, die Öffentlichkeit möglichst umfassend zu informieren. Sie war nämlich der grundsätzlich wohl zutreffenden Auffassung, dass die Bevölkerung das Projekt einer Hochschule für Bildungswissenschaften um so positiver aufnehmen werde, je besser sie darüber informiert sei. Dazu benutzte die VS mehrere Informationskanäle.

Einerseits versandte der Chef der Abteilung Hochschule, Bruppacher, von Oktober 1971 bis April 1977 an Interessierte und insbesondere an Medienvertreter und Politikerinnen und Politiker die so genannten «Hochschulnotizen». Diese umfassten – wie es ihr Name schon sagt – nur wenige Seiten, auf denen punktuell einzelne Schritte der Planungs- und Forschungsarbeit in knappen Zügen zusammengefasst wurden.<sup>376</sup>

Über grössere Zeiträume informierten die so genannten «Informationsbulletins», die jeweils an die dreissig Seiten umfassten. Mit ihnen wurde ein Überblick über die Tätigkeiten der VS vermittelt. Das erste «Informationsbulletin» erschien am 15. August 1972, das letzte – die Nummer 10 – am 1. August 1977.<sup>377</sup> Für die Redaktion dieser Bulletins, in denen die Leserschaft auch Adress- und Publikationslisten der VS finden konnte, waren Karl-Michael Kuntz und Hanspeter Gschwend zuständig; Gschwend kümmerte sich seit der Reorganisation der VS im Jahre 1973 auch um die Belange der Öffentlichkeitsarbeit.<sup>378</sup> Darüber hinaus wurden sämtliche Sitzungsprotokolle des Gründungsausschusses (GA) offen gelegt, und einige Journalisten nahmen das Angebot Bruppachers gerne wahr, sich etwa einmal monatlich zu Gesprächen und zu Informationsaustausch in einer so genannten «Pressearbeitsgruppe» zu treffen.<sup>379</sup>

Auch die Tätigkeitsberichte, welche der GA über seine Arbeit in den Jahren 1973–1977 herausgab, enthalten eine Fülle von Daten bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit der VS.<sup>380</sup> Einige Mitarbeiter der VS, aber auch die bekannten Professoren des GA und insbesondere Matthias Bruppacher und Hanspeter Gschwend nahmen an zahlreichen Informationsveranstaltungen teil, um die Öffentlichkeit für die Arbeit der VS zu sensibilisieren.

<sup>376</sup> Insgesamt gab die Vorbereitungsstufe 19 Nummern der «Hochschulnotizen» heraus. Vollständig vorhanden sind sie nur im Privatarchiv Bruppacher. Siehe dazu Anm. 31.

<sup>377</sup> Siehe StAAG «HSA», Informationsbulletins Nr. 1–10.

<sup>378</sup> Vgl. dazu Anm. 347.

<sup>379</sup> Siehe dazu Kapitel 6.1.

<sup>380</sup> StAAG «HSA», Tätigkeitsberichte des Gründungsausschusses 1973–1977.

Was die Öffentlichkeitsarbeit betraf, wurde also von den meisten Mitarbeitern der VS ein bedeutender Aufwand geleistet, der anhand von Angaben aus den Tätigkeitsberichten anschaulich verdeutlicht werden kann.<sup>381</sup> Doch ungetacht dieses – auch für ihn persönlich – grossen Aufwandes musste Hanspeter Gschwend zur Kenntnis nehmen:

«Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass ein grosser Teil der aargauischen Öffentlichkeit überhaupt nicht oder nur unzureichend über das Projekt informiert ist.»<sup>382</sup>

Diese Feststellung zieht sich beinahe wie ein roter Faden durch die Äusserungen von Mitgliedern des GA oder der VS, wenn sie sich in den Quellen einmal zur Öffentlichkeitsarbeit vernehmen lassen. Eine andere, fast ebenso häufig vorgebrachte Aussage aus den Reihen der VS lautete:

«Der Gründungsausschuss ist sich bewusst, dass dies [die oben angeführten Informationsmassnahmen] angesichts des eingangs festgestellten schlechten Informationsstandes zu wenig ist.»<sup>383</sup>

Diese Lageanalyse mochte wohl für 1972, das erste Jahr der Vorbereitungsstufe, noch gelten, als in der Tat noch nicht allzu viele Informationen den Park des Francke-Gutes verliessen, weil damals die VS ja auch erst gerade ihre Arbeit aufgenommen hatte. Ob diese Analyse aber auch noch für das Jahr 1975 zutraf, aus dessen Jahresbericht sie stammt, möchte ich doch bezweifeln. Wie aber kam es zu dieser vielleicht sogar fast ein wenig naiven Aussage?

In der Grossratssitzung vom 6. 9. 1972 machte Peter Merki (CVP, Aarau) in einem Votum der VS bereits unüberhörbar Vorwürfe. Merki ereiferte sich vor allem an der für seinen Geschmack allzu dürftigen Informationspraxis der VS.<sup>384</sup> Durch Vorfälle wie diesen gewitzigt, beschäftigten sich GA und VS mit Bestimmtheit noch stärker mit der Problematik der Öffentlichkeitsarbeit, als sie das ohnehin schon getan hätten. Es scheint fast so, als hätten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VS später zu einseitig an ihre durchdachten theo-

<sup>381</sup> Siehe dazu beispielsweise den Tätigkeitsbericht des Gründungsausschusses 1975, S. 14–18. Laut der dort befindlichen Aufzählung erschienen 1975 etwa 200 grössere Artikel in zumeist aargauischen Zeitungen über die Hochschulplanung. Die Vorbereitungsstufe wurde mehrmals in regionalen und nationalen Radiosendungen und in Fernsehberichten thematisiert. Schliesslich nahmen Mitarbeiter der Vorbereitungsstufe an insgesamt 25 Informationsveranstaltungen teil, die dem Thema Hochschule gewidmet waren. Davon abgesehen publizierte die VS 1975 den wichtigen Planungsbericht und zahlreiche weitere Aufsätze und Informationsmaterial.

<sup>382</sup> Tätigkeitsbericht 1975 (wie Anm. 381), S. 14.

<sup>383</sup> Tätigkeitsbericht 1975 (wie Anm. 381), S. 15.

<sup>384</sup> Siehe Verhandlungen Grosser Rat 1969–1973, 6. 9. 1972, S. 2426. In dieser Sitzung wurde der Rechenschaftsbericht des Regierungsrates über die Staatsverwaltung für 1971 beraten. Beratungen über Rechenschaftsberichte dienen in vielen Parlamenten immer wieder dazu, an missliebigen Geschäften und oder Personen Kritik zu üben.

retischen Modelle der Öffentlichkeitsarbeit<sup>385</sup> geklammert (die teilweise unzweifelhaft von hoher analytischer Brillanz zeugten) und dabei einen gewissen Sinn für die Realität verloren. Sie übersahen vielleicht eine relativ banale Tatsache: Wenn die Öffentlichkeit nicht gewillt ist, sich auf gewisse Informationen einzulassen und sich diesen verweigert, so ist zwangsläufig auch die beste Öffentlichkeitsarbeit zum Scheitern verurteilt.

## 5.5. Der Gründungsrat

Die regierungsrätliche Verordnung über die Organisation der Vorbereitungsstufe vom 18. Dezember 1972 sah neben der Vorbereitungsstufe und dem Gründungsausschuss noch ein drittes Gremium vor, das den Aufbau der aargauischen Hochschule für Bildungswissenschaften begleiten sollte: den Gründungsrat.<sup>386</sup> Dieser Gründungsrat sollte die aargauische Hochschulbewegung sachlich und politisch breiter abstützen<sup>387</sup> und vor allem auch anstelle der breiten Öffentlichkeit deren Interessen wahrnehmen.<sup>388</sup> Die letztgenannte Aufgabe des Gründungsrates zeigt deutlich, dass diesem Gremium eine Art Brückenfunktion zwischen der VS auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite hätte zukommen sollen.

Von Mai 1973 bis Mai 1975 tagte in den Räumlichkeiten der HTL Brugg-Windisch insgesamt zwölfmal ein überaus heterogen zusammengesetztes Gremium, das nicht gewählt, sondern vom aargauischen Regierungsrat ernannt worden war. Diesem Gremium gehörten ungefähr sechzig Personen an.<sup>389</sup> Da die geplante Hochschule für Bildungswissenschaften einen Beitrag des Aargaus an das schweizerische Hochschulwesen dargestellt hätte, sassen nicht nur Ver-

<sup>385</sup> Einige Arbeitspapiere der VS (siehe StAAG «HSA») beschäftigen sich mit der Öffentlichkeitsarbeit. So entstand beispielsweise eine «Konzeption der Dissemination der Vorbereitungsstufe» (Arbeitspapier Nr. 54, verfasst von der Mitarbeiterkonferenz im Jahre 1972), mit deren Hilfe für spezifische Adressatenkreise (etwa Lehrkräfte oder Journalisten) je eine besondere Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet wurde. Man legte des weiteren Zielgruppen fest, die in besonderer Weise informiert werden sollten (Arbeitspapier Nr. 226 von Matthias Bruppacher, 10. 6. 1974), oder erarbeitete langfristige Konzepte für die Öffentlichkeitsarbeit (Arbeitspapier Nr. 183 von Matthias Bruppacher und Hanspeter Gschwend, 31. 1. 1974).

<sup>386</sup> Zum Gründungsrat siehe StAAG «HSA», Protokolle Gründungsrat Nrn. 1–12.

<sup>387</sup> Anlässlich des Gespräches am 29. 6. 1998 mit dem Schreibenden vertrat Arthur Schmid die Ansicht, dass man auf einen gut funktionierenden Gründungsrat angewiesen gewesen wäre, da der Gründungsausschuss doch ein relativ zufälliges Gremium dargestellt habe, das überdies klein und politisch wenig abgestützt gewesen sei.

<sup>388</sup> Siehe EDAr C 420/1972 (wie Anm. 232), Verordnung über die Organisation der Vorbereitungsstufe einer Hochschule im Kanton Aargau vom 18. 12. 1972, § 12.

<sup>389</sup> Siehe dazu und im folgenden: Privatarchiv Bruppacher, Hochschulnotizen Nr. 8, 1. 3. 1973, S. 2 ff.

treterinnen und Vertreter aus diversen aargauischen Verbänden und Parteien im Gründungsrat, sondern auch – sofern sie überhaupt anwesend waren, denn die Präsenz liess des Öfteren sehr zu wünschen übrig – Vertreter von Bundesgremien (Eidgenössisches Departement des Innern, Erziehungsdirektorenkonferenz, Wissenschaftsrat, Hochschulkonferenz) und bestehenden Hochschulen; im Übrigen waren auch einige weitere gesamtschweizerische Organisationen im Bereich des Bildungswesens im Gründungsrat vertreten sowie die Verantwortlichen der Hochschulplanungen in Luzern und Solothurn.

Dem Gründungsrat hatte die regierungsrätliche Verordnung über die Vorbereitungsstufe eigentlich drei Funktionen zugewiesen:<sup>390</sup> Einerseits sollte der Gründungsrat das Erziehungsdepartement und den Regierungsrat bezüglich Fragen der Hochschulplanung beraten. Andererseits sollte er Anregungen und Kritik zur Planungs- und Forschungsarbeit zuhanden des Erziehungsdepartements und des Gründungsausschusses formulieren. Schliesslich wäre dem Gründungsrat als dritte Funktion die Gewährleistung der Teilhabe der interessierten Öffentlichkeit am Projekt zugewiesen worden. Doch zur Erfüllung dieser Funktion wurde er von der Regierung nach 1975 gar nicht mehr aufgeboten.

Seine eigentlichen Funktionen – wie sie ihm die Verordnung über die Vorbereitungsstufe zugewiesen hatte – konnte der Gründungsrat gar nie richtig ausführen. Dies lag einerseits an der überaus heterogenen Zusammensetzung des Gremiums, in dem ein Bildungsforscher durchaus neben einem Gegner der geplanten Hochschule hätte sitzen können. Andererseits stiftete insbesondere auch das falsche Rollenverständnis, das viele Mitglieder des Gründungsrates von ihrer Funktion hatten, einige Verwirrung und erzeugte zudem beträchtlichen Leerlauf: Viele Gründungsrättinnen und Gründungsräte sahen sich als Mitglieder eines paraparlamentarischen Gebildes. Dabei kam dem Gründungsrat bloss das Anhörungsrecht eines beratenden Gremiums zu. Vor diesem Hintergrund dürfte denn auch die schlechte, ja teilweise sogar peinlich tiefe Präsenz der Gründungsräte eher nachvollziehbar werden.<sup>391</sup>

Zweifellos wäre es aber zu einfach, für das recht eigentliche Scheitern des Gründungsrates (formal führte er zwar seine Sitzungen durch, aber die ihm übertragenen Aufträge konnte er nicht in befriedigender Weise angehen, so dass man füglich von einem Scheitern sprechen darf) einseitig nur seine Mitglieder verantwortlich machen zu wollen. Die konzeptionellen Fehler des Gremiums «Gründungsrat» waren wohl schlicht zu schwerwiegend, als dass sie sich

<sup>390</sup> Siehe EDAr C 420/1972 (wie Anm. 388).

<sup>391</sup> Nationalrat Leo Schürmann (CVP, Olten), der infolge seiner leitenden Stellung in der Solothurner Hochschulplanung in den Gründungsrat gewählt worden war, schaffte es sogar, an keiner einzigen Sitzung teilgenommen zu haben.

einfach hätten überwinden lassen können.<sup>392</sup> Darauf wiesen einige kritische Stimmen bereits im Vorfeld der ersten Gründungsratssitzung hin.<sup>393</sup>

Zum Präsidenten des Gründungsrates wurde in der ersten Sitzung des Gremiums übrigens Max Knecht (CVP, Wettingen) gewählt. Diese Wahl traf besonders in der Presse nicht auf ungeteilte Zustimmung, vermutlich weil Knecht gleichzeitig im Amtsjahr 1973/74 auch Grossratspräsident war. Die Sitzungen des Gründungsrates leitete Knecht mit grosser Umsicht, was umso schwieriger war, als sie wegen der Heterogenität der Teilnehmenden mehr als einmal aus dem Ruder zu laufen drohten.<sup>394</sup> Dieses an sich durchaus selbstverständliche Handeln eines Sitzungspräsidenten muss im Falle von Max Knecht erwähnt werden, weil das Badener Tagblatt im Herbst 1975 eine Polemik gegen Knecht startete und ihm vorwarf, er sei schon immer gegen die im Aargau geplante Hochschule gewesen.<sup>395</sup> Knecht selbst wies diese Anschuldigungen mir gegenüber von sich und erklärte sie mit persönlichen Ressentiments des betreffenden Journalisten gegen seine Person.<sup>396</sup>

## 5.6. Zusammenfassung

Die Arbeit der VS darf im Rückblick als qualitativ hochstehend bezeichnet werden: Sowohl die Forschungsprojekte<sup>397</sup> als auch die Arbeit des Entwicklungsprojektes genügten offensichtlich höheren Ansprüchen. Die an der ge-

<sup>392</sup> Siehe EDAr C 420/1973 «Zeitungsausschnitte 1973», Aargauer Tagblatt vom 4. 5. 1973: «Was zu befürchten war, traf gestern prompt ein: der (...) Gründungsrat (...) konnte sich zu keiner fruchtbaren Einheit finden. Das Konglomerat aus Vertretern von Wissenschaft und Politik, Schule und Kirche hatte keine einheitliche Konzeption vorzubringen (...).»

<sup>393</sup> StAAG «HSA», Protokolle Gründungsrat Nr. 1, S. 5 (Begrüssungsreferat von Regierungsrat Arthur Schmid): «Seit dem Erlass der Verordnung (...) wurde in interessierten Kreisen immer wieder die Frage erörtert, ob vom Gründungsrat überhaupt eine Wirksamkeit zu erwarten sei, welche über blosse Akklamation hinausgeht. Ich darf Ihnen versichern, dass sowohl der Regierungsrat als auch das Erziehungsdepartement sich die mit der Schaffung dieses Organs verbundene Arbeit ohne weiteres erspart hätten, wenn sie es nur mit Alibifunktionen hätten ausstatten wollen.»

<sup>394</sup> Siehe Protokolle Gründungsrat (wie Anm. 386).

<sup>395</sup> Siehe EDAr C 420/1975 (wie Anm. 299), Badener Tagblatt vom 4. 10. 1975.

<sup>396</sup> Mündl. Mitteilung vom 28. 7. 1998. Knecht erklärte dem Schreibenden, 1973 – als der Gründungsrat eingesetzt wurde – sei er bezüglich der geplanten Hochschule noch durchaus neutral eingestellt gewesen; erst 1976 habe er dem Projekt keine Chance mehr gegeben und am 20. 10. 1976 für die Rückweisung der Hochschulvorlage an den Regierungsrat gestimmt. In Bezug auf die Qualität der Sitzungsarbeit im Gründungsausschuss vertritt Max Knecht im Übrigen eine etwas andere Sichtweise als die hier beschriebene. Knecht empfand die Qualität der Sitzungen nach eigenen Angaben als gut; besonders die Voten seien ihm wegen ihrer Kompetenz in guter Erinnerung geblieben.

<sup>397</sup> Vgl. dazu die Äusserungen von Wolfgang Edelstein (Anm. 341).

planten Hochschule vorgesehenen Studiengänge hätten wichtige Lücken im schweizerischen Hochschulwesen geschlossen, die teilweise heute noch bestehen. Dennoch wurden die Bildungswissenschaften – zweifellos vor dem Hintergrund negativer Erfahrungen im Ausland (beispielsweise in der BRD)<sup>398</sup> – nicht als Allheilmittel gegen jegliche Probleme im Bildungswesen angepriesen. Ebenso rational durchdacht wie die übrige Entwicklungs- und Forschungsarbeit war augenscheinlich auch die Öffentlichkeitsarbeit: Sie hätte wohl kaum besser organisiert werden können. Daraus kann man schliessen, dass die projektierte Hochschule mit Bestimmtheit nicht an einer verfehlten Informationspraxis scheiterte. Die einzige Institution im Rahmen der Vorbereitungsstufe, welche die in sie gesteckten Erwartungen klar nicht erfüllte (man müsste wohl eher sagen: nicht erfüllen konnte), war der Gründungsrat. Er bewegte sich gleichsam im luftleeren Raum und bewirkte effektiv nichts Bedeutsames. Immerhin waren gewisse Reaktionen im Gründungsrat in einer Hinsicht wesentlich: Sie widerspiegeln nämlich die weitverbreitete Skepsis gegenüber den Bildungswissenschaften.

<sup>398</sup> In der BRD war die Bildungseuphorie der sechziger Jahre in den siebziger Jahren dadurch arg gedämpft worden, dass man sich zu schnell zu gute Resultate von im Schulwesen getroffenen Änderungen versprach.